

Berliner Tageblatt

Nr. 131

und Handels-Zeitung

53 Jahrgang

Verleger: Rudolf Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Sachverständigenberatungen.

Verzögerung der Entscheidung.

Englische Mitteilungen über Meinungsverchiebungen innerhalb der Ausschüsse. (Telegramme unserer Korrespondenten.)

London, 17. März.

Die Erwartung, daß die Sachverständigenausschüsse ihre Gutachten in dieser Woche der Reparationskommission ausliefern würden, hat sich als unberechtigt erwiesen. Der „Observer“ wollte schon gestern mitteilen, daß nach den Andeutungen aus Paris, die Sitzungen der Ausschüsse noch weitere vierzehn Tage in Anspruch genommen würden. Während man in der Bearbeitung der Stabilisierungsfrage gute Fortschritte gemacht habe, erwiesen Schwierigkeiten aus dem Problem, wie die Reparationszahlungen und -Leistungen von Berlin nach den alliierten Hauptstädten geleistet werden könnten. „Sie“ wolle nicht sein, ob man diese Frage nicht überhaupt „offen“ halten solle, doch glauben die englischen Sachverständigen, daß das Gutachten dann an Wert verlieren würde.

Diese Meldung wird vom diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ bekräftigt und auf Grund von wesentlichen Meinungsverchiebungen innerhalb der Ausschüsse gesprochen. Ihr Grund liegt nicht so sehr in der Frage der Stabilisierung der Währung und der Bilanzierung des deutschen Budgets, als vielmehr darin, wie der eventuelle Ueberbruch des Übergangs des Reiches als Reparationen ausgegänzt werden könnte, mit anderen Worten, im Problem der Verzinsungen, der Abschreibungen, des Moratoriums und der internationalen Anleihe. Vermutlich meint der Korrespondent, seien nicht einmal zwei Delegationen der gleichen Ansicht, wobei sich jedoch die französischen und belgischen Sachverständigen einerseits und die englischen und amerikanischen andererseits einander nähern dürften. Aber auch die Uebereinstimmung zwischen den englischen und amerikanischen Sachverständigen sei keineswegs „absolut“, so selbst Sachverständige einer Nation dürften sich in dem einen oder anderen Fall voneinander unterscheiden. Es wäre nicht zu verwundern, wenn General Dawes und Young die Frage der deutschen Zahlungen und der internationalen Anleihe nicht durch die gleiche Brille betrachten. Und auch Mac Kennas Optimismus dürfte wenigstens von einem seiner Kollegen in der Dawes-Kommission nicht geteilt werden. Die Gefahr liegt darin, daß die Sachverständigen nur, um eine oberflächliche Einigung zu erzielen, ihre Betätigungsbereitschaft noch weiter einschränken, als Poincaré und Baldwin dies bereits getan hätten. Der Korrespondent nennt diese Frage höchst kritisch. Es sei im übrigen, fährt der Korrespondent fort, der Unklarheit der Finanzfrage nicht entgegen, daß die englische Botschaft in Paris sich von einer Bank getrennt hat, deren einer Direktor in der Dawes-Kommission sitze.

Paris, 17. März.

Ein Mitarbeiter des „Reit Journal“ hat die beiden englischen Sachverständigen Sir Robert Kibberley und Sir Charles Stamp über den Stand der Beratungen befragt, aber keine besondere Information erhalten. Kibberley sprach mehr von der Erhaltung des Francs als von dem Bericht der Sachverständigen. „Ich frage mich darüber, daß der Franc sich erhält hat“, sagte er, „man tut uns unrecht, wenn man denkt, daß wir für den Sturz des Francs verantwortlich sind. Wir haben mehr Schaden dabei gehabt als die Franzosen. Unser ganzes Geschäft war lahm gelegt. Sie fragen, wer denn eigentlich verantwortlich sei? Niemand. Die Verhältnisse, die Weltlage. Die Stimmung wirken auf den Kurs ein. Die Franzosen bringen jetzt große Opfer, aber sie haben in der letzten Zeit auch viel Kapital ins Ausland gebracht, das sich ganz natürlich, ich

will niemand beurteilen, aber die Währung leidet darunter. Dann dürfen wir auch nicht vergessen, daß unser Prozeßentkommen während des Krieges stark in Anspruch genommen worden ist. Ich zum Beispiel habe von jedem Pfund, das ich besitze, die Hälfte abgeben müssen. Ich habe zehn Schilling vom Pfund an den Staat bezahlt, aber auch zwölf Schilling. Bei uns ist also der einzelne Armer geworden, aber der Staat hat Geld. Die Einkommensteuer ist bei uns etwas älter. Wir sind an sie gewöhnt, und die Steuerbehörde funktioniert mit automatischer Inertheit. Ihr Franzosen habt eine andere Tradition, aber auch deshalb läuft ihr euch nicht wundern, wenn diese Tradition die Frage bestimmt.“

Über die Arbeit der Sachverständigen erklärte Kibberley: „Ich bin immer noch optimistisch in bezug auf das Ende der Krise, aber man soll die Berichte und die Lösung nicht zu früh verlangen. Denken Sie doch nur daran, welche gewaltigen Probleme zu lösen sind! Und gerade die letzten Stadien sind die schwierigsten. Es ist nicht möglich, in solchen Beratungen zu improvisieren. Sie müssen also Geduld haben.“

Sir Charles Stamp war noch kürzer. Er sagte: „Sie wollen wissen, was wir machen? Wir vergleichen Sitten und Dokumente, wir diskutieren, wir registrieren, wir verpacken täglich zehn bis zwölf Stunden.“ „Geben Sie Hoffnung?“, fragte der französische Sir Charles Stamp, und antwortete: „Ja, wenigstens die Hoffnung, frühere Zerwürfnisse zu vermeiden.“

Die Frage der „Sicherheit“.

Poincaré angeblich neue Auffassung. (Telegramme unserer Korrespondenten.)

Paris, 17. März.

Die Berliner Ausgabe der „Daily Mail“ bringt Angaben ihres diplomatischen Korrespondenten über die angeblich letzte französische Auffassung in der Sicherheitsfrage. Nach dem Poincaré die Sorgen um das Finanzgesetz losgerissen ist, will er, nach dieser Information, sein ganzes Können darauf richten, den Garantievertrag zwischen Frankreich und England zustande zu bringen. Sein Ideal für diesen Vertrag sei in dem Vorschlag enthalten, den Poincaré am 28. Januar 1923 in London gemacht (S. 113 bis 123). Aber dieser gegenseitige Vertrag werde nur dann einen Wert haben, wenn die Wähler ihn billigen und Poincaré bereit sei, einige Forderungen, welche in England nicht erregt hätten, aufzugeben. Diese Entscheidung hänge davon ab, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes werde. Sei der Beitritt zum Völkerbund erfolgt, dann „kann man drei Bedingungen für die Sicherheit nennen“. Erstens die Gewißheit, daß die Abrüstung Deutschlands erfolgt sei und die Ueberwachung dieser Abrüstung sowie die militärische Neutralisierung des Rheinlandes durch den Völkerbund stattfinden; zweitens eine Anzahl von Garantiebedingungen, welche die Sicherheit der neu geschaffenen Staaten durch den Völkerbund; drittens ein Defensivvertrag gegen einen deutschen Angriff zwischen Frankreich, England und Belgien.

Mit diesen Garantien wolle Poincaré sich „begnügen“, solange die Reparationen pünktlich bezahlt werden. Die Zahlungen sollen nach dem Vorschlag der Sachverständigen erbracht werden. Die Verhandlungen über die Reparationen sollen mit den Sicherheitsverhandlungen nicht verbunden sein, oder „parallel“ geführt werden. Poincaré möchte bei der Regelung der Reparationsfrage zu erreichen, daß „im Falle einer deutschen Zahlungsverweigerung England und Frankreich gemeinsam den säumigen Schuldner zur Zahlung veranlassen.“ Die Tendenz der „Daily Mail“ ist bekannt; es kann sich bei diesen Angaben ebenfalls um eine reine private Äußerung der Zeitung handeln, gegen die französischen Politik handeln wie um eine französische Information.

warum man sich nicht mit den Sicherheiten begnügen sollte, die auch sonst in der Welt den Inhabern von Obligationen gewährt werden, ist nicht recht einzusehen. Die Halbwertigkeit des Aktienkapitals würde den fremden Gläubigern einen Anspruch auf die Hälfte der Stimmen im Verwaltungsrat geben, und auch wenn dann der Vorbehalt ein Deutscher, und somit eine Stimme Mehrheit auf deutscher Seite wäre, bliebe die Gefahr nicht gering. Die Zeit wäre dem Vorbringen der fremden Leihgeber nicht gerade geöffnet, aber sie wäre doch nur notdürftig zugesperrt. Diese Fremden in der Verwaltung können eine besondere Reizung haben, im Interesse ihrer heimischen Industrie eine Erhöhung der deutschen Transporttarife zu verlangen. Gewiß werden die unbeeinflussten Sachverständigen, die ihre Aufgabe eines Nebengedankens zu lösen suchen, selbst nicht zu, sondern ab. Auch diejenigen fremden Mitglieder des Verwaltungsrates, die nicht auf eine Kapitalgewinnmaximierung bedacht wären, würden bekräftigt sein, ohne Rücksicht auf die deutschen Bedürfnisse und Notwendigkeiten, möglichst viel aus dem Eisenbahngeschäft herauszuschlagen, und wenn es nicht gelingen sollte, ihren Einfluß durch einen festen Schutzwall einzuschränken, so würde man bald die pein-

lichen Folgen sehen. Gerade jetzt wendet sich in Amerika die Interstate Commerce Commission, die in der Eisenbahnpolitik die Ansichten der Bundesregierung vertritt, gegen die großen Gesellschaften, die in ihrem Gewinnstreben die allgemeinen Interessen vernachlässigen, und fordert ein System, wie es Deutschland in der Reichseisenbahn besitzt. Es wäre sehr merkwürdig, wenn die amerikanischen Sachverständigen die Gründung Deutschlands durch Gründung einer Aktiengesellschaft mit gewöhnlichen Gewinnabsichten erreichen wollten, während man in Amerika die wirtschaftlichen Schäden durch die Zurückdrängung dieser selbstthätigen Mächte heilen will. Wir hoffen, daß man sich mit den Obligationen begnügen und sich nicht in die Meinung verrennen wird, es müsse durchaus eine Aktiengesellschaft sein. Soll bei uns als Nebenjahr wirken, was anderwärts mit Recht als Gift erscheint?

Aber die Lösung der Eisenbahnfrage, von der gesprochen wird, würde auch wieder die deutsche Eisenbahngeschichte, die deutsche Souveränitätsrechte zum mindesten gefährden. Sie würde gegen jedes anständige nationale Gefühl gehen und wäre für nationalitäre Wahlmännergenossen ein ausgesprochener Reizstoff. Dabei wissen wir wohl, daß die Leute hier viel schweigsamer waren, als Stimmlos, freilich kein Ausländer, aber doch auch eine Macht abwärts der Staatsmacht, den Plan verfolgte, die Eisenbahn dem Reich zu entreißen und unter die Führung seiner Konverne zu bringen. Die Mächte der Welt, die in politischen und wirtschaftlichen Verhandlungen nicht vereinigt, weiß es nicht. Es ist sehr dankenswert, daß die ausländische Presse die deutschen Wähler auf das Unklare aufmerksam macht, in das sie wieder einmal hineinschleichen könnten, aber wer den Erfolg des Nationalismus nicht will, muß sich

T. W. Wenn die englische Presse in zahllosen Artikeln erklärt, daß ein Wahlerfolg der Deutschnationalen in der Reichsregierung großen Schaden für Deutschland sein und in alle Reparationspläne vernichtend hineintraffen würde, so überreizt sie nicht. Die Wahrheit solcher Behauptungen kann nur von den Demagogen und Charlatanen oder von ephemerischen Leuten bestritten werden, deren Denkmäler nicht funktionieren. Aber die Engländer, und ebenso die Amerikaner, Italiener und die übrigen Zeitgenossen, die mit Recht sagen, daß ein Sieg der antidemokratischen Elemente Deutschland noch einmal ruinieren und die Wiederherstellung einer europäischen Weltfriedensordnung zerstören würde, haben seit mehr als fünf Jahren der deutschen Demokratie wie einem heiligen Geblättern die Pfeile in's Gesicht geschleudert, er Höllenleben bereitet und nicht eine ruhige Minute gegönnt. Sie haben höchstens höchstschlechte Ermahnungen ausgesprochen, als der Napoleon-Spieler auf deutschem Boden seine Tyrannen auftrichtete und mit dem ersten, festen Nationalgefühl auch die nationalpolitischen Gefühle anhebt, um hinterher die Reingewinnung als Schutzplan gegen diesen Nationalismus fordern zu können. Wäre es jetzt wenigstens alle, was getan und was vermieden werden muß, wenn die fünf Jahre lang von einer Gefahr in die andere getriebene deutsche Demokratie sich behaupten, die fünf Jahre lang von Frankreich unterjochte reaktionäre Liga zurückgeschlagen werden soll? Auch heute kann man, wie vor acht Tagen, jeder nur konstatieren, daß Ramsay MacDonald die sogenannten „Anponcaréabwärtler“ nicht genügend zu bedauern ist. Im Herrn Poincaré auf den Weg der Demagogie zu geleiten, verhofft er ihm Erlöse auf Kosten der deutschen Souveränität. Man kann sich dann vorstellen, daß gerade Ramsay MacDonald, der doch Unabhängigkeit und Freiheit hoch schätzt, deutsche Souveränitätsrechte gewissermaßen für einen Blinddarm halten sollte, der sich ohne besondere Schädigung des Allgemeinbefindens wegoperieren läßt. Wenn das französische Volk auch weiterhin sehen will, daß Herr Poincaré es versteht, den Premierminister der Labour Partei seinen Wünschen geneigt zu machen, so wird voraussichtlich der bloße Nationalismus in seiner ganzen Echtheit wiederkommen. Und wenn man immer wieder die deutschen Souveränitätsrechte schmälert, liefert man den deutschen Nationalisten Waffen, die erheblich wirksamer sind, als alle anderen, und besonders wirksam in einer Wahlkammer. Ramsay MacDonald wird dann zwei nationalpolitischen Parlamenten gegenüberstehen. Zwei faulende Zeitgenossen werden den Eingang des Friedensempfehlens bewachen, in dem er die Verantwortung zu führen geneigt ist. In einigen Tagen ihre Vorschläge veröffentlicht werden, sich nicht auf den Standpunkt stellen: wir rechnen nur mit Ziffern und Gefühle gehen uns nichts an. Man kann nichts Lebensfähiges schaffen, wenn man das Herz verstopft. Als die Sachverständigen in Berlin waren, erzielte die erste Gewissenhaftigkeit ihres Verhandlungs optimistische Erwartungen und eines angenehmen Stimmung blieb zurück, wie nach einem glücklich verlaufenen Rendezvous. In Paris gerieten sie dann wieder in den Streitigkeiten des Herrn Poincaré, der Reparationskommission und der täglichen Beeinflussungsverläufe, und wenn sie auch ihr Ohr gegen listige Einfäule-Verwicklungen und für die Ratlosigkeit der Boulevardjournalisten nur ein Aufschlagen hatten, so wurden sie doch durch ihren eigenen Wunsch, einzig und einstimmig ein Programm fertigzustellen, zu jener abschüssigen Bahn hingedrängt, auf der man von einem Kompromiß zum anderen rückt. Wahrscheinlich wird uns ja die Gutachten eine gewisse, vielleicht wohlthuende wirtschaftliche Meinung und auch den – übrigens in sich verständlich – Moratorium bringen. Man darf auch annehmen, daß uns eine allgemeine Finanzkontrolle erpart bleiben und die Prüfung sich nur auf die eigentlichen Reparationsquellen erstrecken wird. Herr Zimmermann, der vom Völkerbund in Wien eingeleitete Schlafwagenkontrollen, scheint neulich einem französischen Interviewer gesagt zu haben, er würde mit seinen Heimkehrern in sechs Monaten jedes Uebel in Deutschland bannen. Wie wissen nicht, ob Herr Zimmermann wirklich das meiste zu der erfreulichen Aufwärtsentwicklung in Deutschland beitragen darf, aber jedenfalls empfinden wir es als einen Vorzug, daß er sich mit unseren komplizierten Angelegenheiten nicht zu befassen braucht. Das Objekt, das die Erledigung des Reparationshandels ermöglicht, soll die Reichseisenbahn sein. Werden die Sachverständigen noch vor dem Abschlusse ihrer Arbeiten sich davon überzeugen, daß die Reichseisenbahn kein totes Gebilde aus Schienensträngen, sondern mit der deutschen Geschichte und dem deutschen Leben eng verflochten ist? Wir ihren lebensunverzichtbarsten Beamten und Arbeitern, die gemocht sind, vom Reiche ihre Leistungen empfangen, von ihm ernährt zu werden und ihm zu dienen, ist sie das Herz des Volkes, und nicht nur ein mechanischer, seelenloser Geschäftsbetrieb. Kann man in Ländern, die nicht den Kampf für ihre Einheit gemacht haben, den begründeten Stolz auf einen Reich verfallen, den Osten zum Westen und den Norden zum Süden, den Osten zum Westen bereitet zu sein, die Wohnen im Rheinland und im Ruhrgebiet von der Fremdbenachteiligung der „Reiche“, zu erleben und die Einheit der Reichseisenbahn wieder herzustellen. Das ist natürlich ein Fortschritt, den jeder freudig begrüßen wird, und es ist ja auch klar, daß unter den gegenwärtigen Zuständen die Ruhrindustrie sich nicht wieder kräftigen, Deutschland nicht leistungsfähig werden kann. Aber die Sachverständigen tragen sich angeblich auch mit dem Gedanken, die Reichseisenbahn in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, in der dann die Hälfte des Aktienkapitals den Gläubigern zugesprochen werden soll. Warum man das für notwendig halten, warum eine Gesellschaft irgendwelcher Art eine festere Stütze als eine Reichseisenbahn sein, und